

Polizei zerschlägt Schleppnetzwerk: Hunderte Syrer illegal nach Europa!

Polizei zerschlägt kriminelles Netzwerk, das syrische Migranten illegal nach Europa schleuste. Detailreiche Ermittlungen laufen.



steirisch-slowenische Grenze, Österreich - Im September 2024 startete eine umfassende Polizeikampagne an der steirisch-slowenischen Grenze, die durch eine Fahrzeugkontrolle eingeleitet wurde. Ein Staatenloser mit Wurzeln aus einem palästinensischen Flüchtlingslager wurde dabei entdeckt, als er versuchte, mit drei illegalen Migranten nach Österreich zu reisen. Dieser Vorfall führte zur „Operation Ranger“, einer groß angelegten Ermittlung des Bundeskriminalamts, unterstützt von Behörden aus Deutschland, Belgien und Polen, die nun ein kriminelles Netzwerk zerschlagen hat.

Wie **exxpress.at** berichtet, wurden im Zuge dieser Operation insgesamt 15 mutmaßliche Schlepperbosse in mehreren

Ländern festgenommen. Die Bande soll in einem Zeitraum von zwei Jahren mindestens 300 überwiegend syrische Migranten über Österreich und Polen nach Deutschland und anderen EU-Staaten geschleust haben. Auffällig ist, dass viele Fahrer der Schleppfahrzeuge staatenlose Palästinenser mit anerkanntem Flüchtlingsstatus waren, die Arabisch sprachen.

Das Ausmaß der Menschenhandel-Aktivitäten

Die Hintermänner der Schlepperei waren Teil einer gewaltbereiten Hooliganszene in Polen und kassierten pro eingeschleustem Syrer etwa 1.000 Euro. Diese kriminellen Strukturen bilden lediglich einen Teil des Gesamtproblems des Menschenhandels in der Europäischen Union. Zwischen 2013 und 2014 wurden laut einem Bericht der Europäischen Kommission insgesamt 15.846 registrierte, identifizierte und mutmaßliche Opfer von Menschenhandel gezählt. Dabei waren 76 Prozent der Opfer Frauen und Mädchen, und 67 Prozent wurden sexuell ausgebeutet.

Die Dunkelziffer könnte jedoch erheblich höher sein. Wie in der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel aus dem Jahr 2011 festgehalten, umfasst die Problematik auch Zwangsarbeit und andere Formen der Ausbeutung wie Betteln oder Organentnahme. Das EU-Parlament hat in den letzten Jahren mehrfach Reformen und eine verbesserte Unterstützung für die Opfer gefordert, um die bestehende Gesetzgebung zur Bekämpfung dieses Verbrechens zu stärken.

Weltweit sind schätzungsweise rund 21 Millionen Menschen Opfer von Zwangsarbeit, wobei Frauen und Mädchen über 70 Prozent der Betroffenen ausmachen. Diese alarmierenden Statistiken verdeutlichen die Dringlichkeit, mit der die europäischen Staaten und Institutionen handeln müssen, um solche kriminellen Netzwerke zu zerschlagen und die Sicherheit gefährdeter Menschen zu gewährleisten. **Europaparlament** betont zudem die Notwendigkeit einer besseren Umsetzung der

bestehenden Gesetze und einer verstärkten Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel.

Details	
Vorfall	Menschenhandel
Ort	steirisch-slowenische Grenze, Österreich
Festnahmen	15
Quellen	• exxpress.at • www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at